



Tiroler Tageszeitung

Neue Wirtschaftspolitik gefordert

Ex-Finanzminister Androsch: „Staatsfinanzen explodierten trotz höchster Steuerbelastung“



© TT/Sprenger



Von Michael Sprenger

Donnerstag, 26.09.2024, 21:27

Der Großindustrielle und frühere SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch plädiert wenige Tage vor der Nationalratswahl für eine neue Wirtschaftspolitik. Er sieht den Sozialstaat in Gefahr.

Wien – „Egal wie die Wahl ausgeht, ich befürchte, dass sich in der Wirtschaftspolitik wenig ändern wird, obwohl eine dringende Kurskorrektur nötig wäre“, mutmaßt Hannes Androsch gegenüber der *Tiroler Tageszeitung*.

Der Großindustrielle und ehemalige Finanzminister in der SPÖ-Alleinregierung Bruno Kreisky blickt mit Schauern auf die Staatsfinanzen.

Zur Erinnerung: In den 1970er-Jahren stiegen die Staatsschulden kräftig an. Die ÖVP sprach damals vom Schuldenkanzler Kreisky. 1983, am Ende der Ära Kreisky, betrug der Schuldenstand umgerechnet 30 Milliarden Euro. Heute beträgt er jedoch ein Vielfaches: 377 Milliarden Euro.

Doch in der Kreisky-Ära herrschte trotz Öl-Schock eine Vollbeschäftigung, Österreich erlebte einen Modernisierungsschub und es entstand nach skandinavischem Vorbild ein Sozial- und Wohlfahrtsstaat.

Staatsschulden explodierten aufgrund von Boni-Inflation

Heute ist das Gegenteil der Fall: „In den vergangenen Jahren explodierten aufgrund von Boni-Inflation („Koste es, was es wolle“) die Staatsschulden. Und trotz höchster Steuerbelastung“ wurden die „Staatsfinanzen an die Wand gefahren. Unsere Wirtschaftsleistung ist geschrumpft, unsere Wettbewerbsfähigkeit hat sich verringert, die Konjunkturaussichten bei Überinflation sind düster und der Wohlstand geht zurück. Österreich ist zum Schlusslicht unter den EU-Staaten geworden, entsprechend trüb ist die Stimmung im Land“, diagnostiziert Androsch.

Und was nun? Mit Blick auf den zurückliegenden Wahlkampf reagiert Androsch skeptisch: Die politisch Verantwortlichen lehnen „schon die Idee eines Sparpakets ab, obwohl das Gebot der Sparsamkeit sowohl Verfassungspflicht als auch im Haushaltsrecht festgelegt ist und die Sanierung der Staatsfinanzen sogar viel mehr verlangt“. Für Androsch ist klar, wo eine künftige Regierung ansetzen müsste: Nämlich bei den „Ausgabenkürzungen als auch bei einer Änderung der Ausgabenstrukturen in Richtung Zukunftsinvestitionen – sowie eine Verringerung der Steuerlast, speziell beim Faktor Arbeit“. Passiert hier nichts, ist der Sozialstaat in Gefahr, der jetzt schon

„längst durch Überdehnung gefährdet“ ist.

Wahlzuckerl schaffen keinen Wohlstand

Doch wie könnte die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit in Gang gesetzt werden? Androsch plädiert hier für eine neue Wirtschaftspolitik. „Die Wirtschaft benötigt regulierungs- und bürokratieverschlankende Rahmenbedingungen und sinnvolle Impulse, damit Investitionen und Innovationen belebt werden. Wahlzuckerl schaffen keinen Wohlstand. Vielmehr erwarten die Menschen Antworten auf die brennenden Fragen der Zeit sowie Orientierung und Zukunftsperspektiven. Dazu gehören leistbares Wohnen, erträgliche Lebenshaltungs- und Energiekosten, zeitgemäße Bildungseinrichtungen, verlässliche Gesundheits- und Pflegevorsorge, Umweltschutz und die Gewährleistung der Sicherheit. In all diesen Bereichen besteht großer Nachholbedarf. Zur Trendumkehr reichen keine Vertröstungen, sondern nur konkrete Lösungen und ein Schulterchluss für eine Stabilisierungs-, Modernisierungs- und Aufholoffensive.“